

FRAKTIONSINFO

SPD IN DER BVV PANKOW

**Die SPD-Fraktion wünscht allen Pankowerinnen und Pankowern
ein frohes und erfolgreiches Jahr 2011!**

Auch im neuen Jahr stehen wir Ihnen als kompetenter
kommunalpolitischer Ansprechpartner jederzeit gerne zur Verfügung!

Inhalt

SPD-Fraktion startet ins Wahljahr 2011	Seite 1
39. BVV: Anträge der SPD-Fraktion	Seite 1
Pressemitteilungen:	
Verkehrsberuhigung und Straßenbäume am Eschengraben (01.12.2010)	Seite 3
Missbilligung für Bezirksstadtrat Dr. Nelken (02.12.2010)	Seite 3
Keine soziale Verdrängung in Berlin-Buch (12.01.2011)	Seite 4

Klausur im Frühjahr – Besuche in Vorbereitung **SPD-Fraktion startet ins Wahljahr 2011**

Mit einem vollen Programm ist die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ins Wahljahr 2011 gestartet: Die erste Fraktionssitzung des Jahres widmete sich der Verabschiedung von insgesamt sechs SPD-Anträgen für die BVV-Tagung am 19. Januar (folgender Beitrag) sowie einer Terminzusammenstellung bis zur Berlin-Wahl am 18. September. Diese sieht unter anderem eine Fraktionsklausur Anfang März vor, bei der die sozialdemokratischen Bezirksverordneten die Arbeit der zu Ende gehenden Wahlperiode bilanzieren wollen. Außerdem sollen Empfehlungen für das kommunale Wahlprogramm der SPD im Bezirk Pankow erarbeitet werden, die neben der Fraktionsbilanz vor allem auf Leitbildern zu verschiedenen Themenfeldern basieren, die von kreis-internen Arbeitsgruppen entwickelt und von der Kreisdelegiertenversammlung beschlossen worden sind. Arbeitsgruppen gab es zu folgenden Themenfeldern: Generationen, Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Jugend und Bildung, Kultur, Stadtentwicklung, Umwelt, Mieten sowie Bürgerrechte, Teilhabe in der Mediengesellschaft. Die SPD-Fraktion plant darüber hinaus, bei voraussichtlich fünf Vor-Ort-Terminen Erfolge ihrer bisherigen Arbeit unter die Lupe zu nehmen, sich aber auch kritischen Fragen zu stellen. Die Terminzusammenstellung endet mit einer gemeinsamen Sitzung der neu gewählten und der dann ausgeschiedenen SPD-Bezirksverordneten Ende September.

BVV-Sitzung am 19. Februar 2011 **Anträge der SPD-Fraktion**

Zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 19. Januar 2011 wird die SPD-Fraktion sechs Anträge und eine Große Anfrage einbringen: Gegen Ausweichverkehr durch die Hiddenseestraße (VI-1221), für Live-Übertragungen der BVV-Sitzungen (VI-1222), für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Pankow (VI-1223) und die Sicherung der

Jugendfarm Moritzhof und des Kletterfelsens (VI-1224) sowie zur Entwicklung einer Perspektive für die Brachfläche an der Neumannstraße (VI-1225) und für eine Bestandsaufnahme aller quartiersprägenden Plätze im Bezirk Pankow (VI-1226). Die Große Anfrage widmet sich dem aktuellen Sachstand zur Erhaltungsverordnung für das Gebiet Glaßbrennerstraße (VI-1227).

Umfahrung Hiddenseestraße verhindern

Nicht erst seit dem Straßenbauvorhaben in der Berliner Straße nutzen AutofahrerInnen die westlich daran angrenzenden Wohngebiete dazu, die Kreuzung Berliner / Granitz- und Kissingenstraße zu umfahren. Darunter leiden vor allem die Anwohnerinnen und Anwohner in der Hiddensee- und der Borkumstraße. Daher setzt sich die SPD für eine Prüfung des Sachverhaltes durch das Bezirksamt ein, das feststellen soll, mit welchen Mitteln und Maßnahmen die Anwohner davor geschützt werden können.

BVV-Sitzungen im Internet

Ziel dieses SPD-Antrages ist es, für mehr Transparenz und einen besseren Informationsfluss im Bezirk zu sorgen. Während die Live-Übertragung der BVV-Sitzungen in anderen Bezirken bereits bevorsteht oder gerade geprüft wird, sollen die notwendigen technischen Maßnahmen und deren Kosten nun auch in Pankow durch das Bezirksamt vorbereitet werden.

Kinder- und Jugendparlament im Bezirk Pankow

Mit diesem Antrag will die SPD-Fraktion erreichen, dass in Zusammenarbeit von Bezirksamt und BVV ein Konzept erarbeitet wird, wie ein Kinder- und Jugendparlament in Pankow verwirklicht werden kann. Solch ein Gremium soll Mitwirkungsrechte in der BVV und ihren Ausschüssen erhalten und grundsätzlich für alle Kinder und Jugendliche im Bezirk zugänglich sein. Beispiele für solche Parlamente finden sich etwa in Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg. Die Erfahrungen dieser Bezirke sollen bei der Konzipierung berücksichtigt werden. Zur Begründung heißt es im Antrag: „Junge Menschen sind kompetent, wenn es um ihre Lebenswelt geht. Ihre Mitwirkung an sie betreffenden Entscheidungen trägt zu deren Qualifizierung bei. Darüber hinaus können die jungen Menschen die demokratische Willensbildung kennenlernen und einüben.“

Jugendfarm Moritzhof und Kletterfelsens endlich planungsrechtlich dauerhaft sichern

Dieser Antrag zielt darauf ab, die Jugendfarm Moritzhof sowie den angrenzenden Teil des Mauerparks als auch den in der Nähe befindlichen Kletterfelsens planungsrechtlich zu schützen. So soll verhindert werden, dass die Schwedter Straße im Falle der Entstehung eines Wohnquartiers im benachbarten Bezirk Mitte durch verkehrliche Anbindungen ihren ruhigen Wohncharakter verliert. Gleichzeitig soll Interessenkonflikten vorgebeugt werden, die durch eine mögliche heranrückende Bebauung von der weddinger Seite her entstehen könnten. Deshalb ist es notwendig, die Bearbeitung und Festsetzung des Bebauungsplans IV-45 voranzutreiben. Zum Hintergrund: Der Bebauungsplan IV-45 wurde bereits 1995 gefasst und in der Folgezeit wurden die entsprechenden Verfahrensschritte eingeleitet, aber nach kurzer Zeit nicht mehr weiter fortgeführt. Die Jugendfarm ist aber seit langer Zeit fertig gestellt und wird sehr gut von den jungen Menschen im Bezirk angenommen. Dies soll auch in Zukunft so bleiben.

Entwicklung der Brachfläche Neumannstraße

Die im Ortsteil Pankow-Süd befindliche Brachfläche gegenüber dem Neumannforum, begrenzt durch Arnold-Zweig-, Neumann-, Greta-Garbo- und Trelleborger Straße, soll nach jahrzehntelangem Stillstand sinnvoll genutzt werden und damit entscheidend zur Attraktivität des Kiezes beitragen. Mit diesem Antrag ersucht die SPD-Fraktion das Bezirksamt, alle notwendigen Schritte für eine zielgerichtete Entwicklung einzuleiten. Das ursprünglich für den Bau der Residenz des chinesischen Botschafters vorgesehene Areal befindet sich im Besitz des Bundes und liegt derzeit brach, durch die beschädigte Zaunanlage wird es teils als Müllhalde zweckentfremdet und ist zudem ein Sicherheitsrisiko. Laut Antrag soll geprüft werden, ob die Entwicklung der Fläche im

Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs geschehen kann. In jedem Fall soll sichergestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in größtmöglichem Umfang an dem Verfahren teilhaben.

Bestandsaufnahme quartiersprägender Plätze

In den bisherigen Sanierungsgebieten im Bezirk Pankow waren vielfach Plätze wie der Helmholtzplatz Ausgangspunkt für stadtplanerische Maßnahmen, die mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Kiezes diskutiert und umgesetzt worden sind. Solche zentralen Plätze tragen zur Identifikation mit dem Quartier bei und prägen nachhaltig sein Image. Während die Plätze in den Sanierungsgebieten neu gestaltet worden sind, fristen andere ein Schattendasein und bedürfen einer Aufwertung. Um diesem Missstand beizukommen, soll nun gemäß dem SPD-Antrag eine Übersicht aller prägenden Plätze im Bezirk erstellt werden. Dabei sollen Informationen über den aktuellen Zustand, Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Aufwertung sowie Beteiligungsformen für die Anwohnerinnen und Anwohner gesammelt werden. Auf der Grundlage dieses Überblicks können dann zukünftig notwendige Maßnahmen besser erkannt und geplant werden.

Große Anfrage: Erhaltungsverordnung für das Gebiet „Glaßbrennerstraße“

Im betroffenen Gebiet drohte den Mieterinnen und Mietern in der zweiten Jahreshälfte 2009 eine drastische, aus Sicht der SPD unsoziale Mieterhöhung als Folge von Baumaßnahmen. Diese Große Anfrage, die das Bezirksamt mündlich beantworten wird, soll klären, in welchem Umfang und mit welchem Erfolg die Mietparteien durch die auf Initiative der SPD-Fraktion von der BVV beschlossenen Maßnahmen geschützt worden sind. Der Eigentümer ist ein Unternehmen der „Privatstiftung Sonnenschein“, die in Verbindung mit der Verhaftung des Ex-BayernLB-Managers Gribkowsky jüngst für Schlagzeilen sorgte. Da laut Pressemeldungen das Vermögen dieser Stiftung beschlagnahmt werden sollte, soll die Große Anfrage auch klären, ob dies Folgen für die Mieterinnen und Mieter haben könnte.

Pressemitteilung vom 01.12.2010

Verkehrsberuhigung und Straßenbäume am Eschengraben

Bei ihrer Tagung am 1. Dezember 2010 hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow einen Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, der künftig die Verkehrssicherheit am Eschengraben (Pankow-Süd) verbessert. Damit hat die SPD die Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner aufgegriffen. Das Bezirksamt ist nun aufgefordert zu prüfen, ob der Gehweg auf der Südseite des Eschengrabens bis zur Berliner Straße verlängert werden kann. Die so verengte Fahrbahn würde zu einer Geschwindigkeitsreduzierung führen und der durchgehende Gehweg beliebiges Parken verhindern. Insgesamt wird die Verkehrssituation für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer übersichtlicher. Zwischen Berliner und Trelleborger Straße sollen außerdem Straßenbäume gepflanzt werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, durch welche Maßnahmen die Verkehrssicherheit im Kreuzungsbereich Eschengraben und Trelleborger Straße noch gesteigert werden kann.

Zum Hintergrund: Im Eschengraben werden derzeit sieben Mehrfamilienhäuser durch fünf Baugemeinschaften errichtet, so dass dort im kommenden Jahr 90 Familien mit rund 150 Kindern einziehen. Die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner haben bereits ihre Bereitschaft signalisiert, sich mit Eigenleistungen an den Umgestaltungen im Eschengraben zu beteiligen. Daher sieht der Beschluss ebenfalls vor, sie in die Planung und konkrete Gestaltung mit einzubeziehen

Pressemitteilung vom 02.12.2010

Missbilligung für Bezirksstadtrat Dr. Nelken

Bei ihrer Tagung am Mittwoch, dem 1. Dezember 2010, hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow dem Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung Dr. Michail Nelken (Die Linke) ihre Missbilligung ausgesprochen. Sie folgte damit mehrheitlich dem gleichlautenden Antrag der SPD-Fraktion. Die Fraktionen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen schlossen sich

der Meinung an, dass der Stadtrat BVV-Beschlüsse im Zusammenhang mit der Umwidmung des Eliashofs bisher nicht umgesetzt hat. Der Fokus richtet sich dabei vor allem auf Ersatzstandorte für die dort noch ansässigen Jugendkulturangebote. So hatte das Kulturamt dem Jugend- und Kulturtheater „Murkelbühne“ zum Jahresende die Räume im Eliashof gekündigt, ohne dass bis heute ein neuer Standort gefunden ist.

„Die Gemengelage rund um den nötigen Umzug der Kulturangebote im Eliashof ist nicht einfach. Deshalb haben wir uns lange geduldig gezeigt. Aber zwei Jahre Zögern und Zaudern riskieren, dass renommierte Träger des Kulturangebots im Bezirk Pankow den Bach runter gehen“, betont die SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein. Immer wieder habe die Fraktion das Vorgehen des Stadtrats und seiner Abteilung kritisiert und praktikable Lösungen eingefordert. „Der Umgang mit der Murkelbühne war schließlich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Unserem Missbilligungsantrag ist zu verdanken, dass sich nun etwas bewegt und das Bezirksamt endlich Vertragsverhandlungen mit dem Theater aufnehmen will. Dr. Nelken ist nie in Vertragsverhandlungen eingetreten, er hat uns stattdessen regelmäßig erzählt, was alles nicht geht. Seine Bemühungen sind ins Leere gelaufen.“

Bereits im Juli 2009 hatten die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU im Zusammenhang mit der Haushaltsplanaufstellung einen Antrag auf Missbilligung des Stadtrates eingebracht. Dieser scheiterte damals an der Enthaltung der SPD-Fraktion. „Wir hatten gehofft, dass Dr. Nelken diesen deutlichen Wink versteht“, erklärt Alexander Götz, Kreisvorsitzender der SPD Berlin NordOst. „Mit der Missbilligung jetzt sind keine parteitaktischen Überlegungen verbunden, wie die Linksfraktion uns zu unterstellen versucht. Angesichts des drohenden Aus der Murkelbühne war das Maß voll. Wir haben mehrfach unseren Willen unterstrichen, dass die Jugendkulturangebote aus dem Eliashof im Bezirk erhalten bleiben müssen. Durch sein Agieren nimmt Dr. Nelken das gesamte Bezirksamt mit in Haftung für die Erledigung seiner ureigensten Aufgaben.“

Die BVV hatte bereits am 1. April 2009 dafür votiert, dass das Bezirksamt und konkret die Abteilung Kultur ein Konzept zur Verlagerung der im Eliashof ansässigen Jugendkulturangebote vorzugsweise in bezirkliche Objekte erstellt. Die Ersatzstandorte sollten „umgehend“ geschaffen werden.

Ein zweiter BVV-Beschluss von Ende Januar 2010 sieht einen Zeit- und Maßnahmeplan für den Umzug der Projekte vor. Planung und Vollzug der notwendigen Maßnahmen waren schon damals unbefriedigend. Bis heute jedoch sind keine Ersatzstandorte gefunden, einen Zeit- und Maßnahmeplan gibt es nicht. Mittlerweile hat das Bezirksamt in seiner Sitzung am 30. November 2010 beschlossen, dass mit der „Murkelbühne“ Vertragsverhandlungen zur Übernahme des Gebäudes in der Pappelallee 41b aufzunehmen sind. Zunächst soll hier eine Übergangslösung realisiert werden. Die BVV hat auf Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 1. Dezember ebenfalls dafür votiert, den Standort der ehemaligen Musikschule zu prüfen und dem Kinder- und Jugendtheater, soweit erforderlich, kurzfristig Räume auf dem Gelände an der Fröbelstraße 17 zur Verfügung zu stellen.

Röhrbein: „Wir hoffen, dass sich die Versäumnisse im Verantwortungsbereich von Dr. Nelken in Zukunft nicht wiederholen und setzen alles daran, den entstandenen Schaden zu begrenzen.“ Für Alexander Götz ist klar: „Wir werden das weitere Handeln des Bezirksstadtrates sehr genau beobachten.“

Pressemitteilung vom 12.01.2011

Keine soziale Verdrängung in Berlin-Buch

„Die neuerlichen Modernisierungsankündigungen der Howoge für ihre Wohnungsbestände in Berlin-Buch erfüllen unsere Erwartungen nicht“, erklärt der Kreisvorsitzende der SPD Pankow, Alexander Götz. „Zumindest in Einzelfällen sollen die Netto-Kaltmieten offenbar auf über 6,50 Euro

steigen. Das ist unzumutbar. Wir streben unverändert eine absolute Obergrenze von 6 Euro an. Außerdem darf niemand aufgrund der Mieterhöhungen gezwungen sein, seine Wohnung zu verlassen.“ Auf Druck der SPD hatte die Howoge im vergangenen Jahr ihr Modernisierungsprogramm mit einer bis zu 100-prozentigen Mieterhöhung ad acta gelegt. Die jetzt geplanten Maßnahmen fallen deutlich moderater aus. „Allerdings ist bisher ist nicht erkennbar, inwieweit die Howoge tatsächlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, um die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu wahren“, betont die SPD-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Sabine Röhrbein. „Genau das aber muss das Hauptanliegen eines kommunalen Wohnungsunternehmens sein. Eine unsoziale Sanierung des Bestands ist mit uns nicht zu machen. Deshalb verlangen wir Aufschluss über die Kalkulationsgrundlagen und Nachbesserungen für sozial Schwächere“, so Röhrbein weiter.

Die SPD im Bezirk Pankow verweist in diesem Zusammenhang auf ihre bisherigen Forderungen und auf entsprechende Beschlüsse der BVV: „Neben der Begrenzung der Miethöhe verlangen wir vor allem drei Dinge“, erläutert der SPD-Fraktionsvize und Stadtentwicklungsexperte Roland Schröder: „Erstens müssen alle Mieterinnen und Mieter Zugang zu einer eigentümerunabhängigen Mieterberatung erhalten. Zweitens sind die Kosten für Empfängerinnen und Empfänger von Transferzahlungen nach dem SGB II und SGB XII zu deckeln, damit sie in ihren Wohnungen bleiben können. Drittens brauchen wir klare Härtefallregelungen für jene Personen, die leicht über diesen Sätzen liegen und aufgrund geringer Verdienste einen ohnehin sehr hohen Anteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden müssen.“

Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 40. BVV-Sitzung, die am 2. März 2011 stattfindet, und kann unter www.spd-fraktion-pankow.de herunter geladen werden.